



Sven Kohlmeier: Meine Bilanz

Sven Kohlmeier, MDA

Mai 2011

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

am 18. September bewerbe ich mich bei Ihnen um eine weitere Amtszeit im Abgeordnetenhaus von Berlin. Zeit, zurückzuschauen und eine Bilanz meiner Arbeit vorzulegen.

Zunächst ein genereller Eindruck: Konkrete Vorhaben in Berlin durchzusetzen ist harte, langwierige und manchmal frustrierende Arbeit. Das hat mich umso mehr angespornt, mich für die Umsetzung meiner Initiativen und unserer Politik ins Zeug zu legen: Besonders stolz bin ich, dass es mir nach über einjähriger Arbeit gelungen ist, meine Initiative für eine faire Behandlung von Praktikanten in der Berliner Verwaltung durchzusetzen. Der Kampf für Datenschutz und gegen Google Street View hat mir gezeigt, dass Weltkonzerne wie Google für den Staat eine große Herausforderung sind.

Einer der größten Erfolge, an dem ich als Mitglied des Bildungsausschusses mitarbeiten durfte, war die Durchsetzung der Schulreform. Sie beendet das Aussortieren im Schulsystem und schafft Schulfrieden. Für die Eingliederung der Sonderpädagogik in die Regelschulen habe ich mit unserem Bürgermeister-Kandidaten Stefan Komöß (SPD) die Vorgaben auf Landesebene gesetzt.

Als Rechtspolitiker habe ich mich für den Neubau des Gefängnisses in Heidering eingesetzt, gegen Handys im Strafvollzug gearbeitet, die Umsetzung der elektronischen Akte in der Staatsanwaltschaft begleitet und im Richterwahlausschuss Richter gewählt. Als Rechtsanwalt weiß ich, wie wichtig eine funktionierende Justiz ist, als Bürger weiß ich, wie wichtig Sicherheit auf der Straße ist.



2010 hat mich die SPD-Fraktion zum Sprecher für Datenschutz und Informationsfreiheit gewählt und damit meine Thematisierung von Datenschutz und Netzpolitik anerkannt. So habe ich mit der Änderung des Informationsfreiheitsgesetzes meinen Beitrag geleistet, dass es

keine Geheimverträge mehr zwischen Privaten und dem Land Berlin geben wird.

Meine Abgeordnetenkollegen werden bestätigen: Nicht alles, um das man sich kümmert, erreicht die große Bühne: Die Verkehrsberuhigung für Kaulsdorf mit der Bürgerinitiative, die Verbesserung der Lehrer-Zumessungsrichtlinie für den

Zweiten Bildungsweg – wie für unser Viktor-Klemperer-Kolleg – oder der Einsatz für den Zeitungskiosk am U-Bahnhof Cottbusser Straße. Auszüge meiner Arbeit möchte ich Ihnen auf den folgenden Seiten vorlegen: zum stöbern, zum überprüfen und zum nachlesen ...

Ich freue mich auf einen spannenden Berlin-Wahlkampf und bitte Sie darum, weitere fünf Jahre für Sie im Abgeordnetenhaus arbeiten zu dürfen.

Ihr

Sven Kohlmeier

Inhalt: Faire Praktika (2), Google-Street-View (2), Schulreform (3), Sonderschulen (4), Klimaschutzgesetz (5), Jugendstrafvollzugsgesetz (6), Gesetz gegen Mobilfunk im Strafvollzug (6), Nichtraucherschutz (7), Untersuchungshaftvollzugsgesetz (7), Informationsfreiheitsgesetz (8), Parlamentsarchiv (9), Pressemitteilungen (12), Terminplan (13), Presseschau (14), Dank (21)

Faire Praktika in der Berliner Verwaltung

14 Monate hat es gedauert – dann beschloss das Abgeordnetenhaus im Februar 2010 einen Antrag, mit dem Standards für den Einsatz von Praktikanten in der Berliner Verwaltung und in Landesunternehmen festgelegt werden.

Meine Initiative, verbindliche Regelungen für Praktika in der Berliner Verwaltung und landeseigenen Unternehmen zu schaffen, war also letztlich erfolgreich. Damit ist es gelungen, über die Parteigrenzen hinweg erstmalig in einem Bundesland verbindliche Regelungen zum Einsatz von Praktikantinnen und Praktikanten festzulegen.

Der Antrag sieht vor, dass Praktika angemessen vergütet werden, sofern

sie eine Dauer von mindestens vier Wochen aufweisen.

Einer „Praktikantenausbeutung“ durch das Ersetzen einer Vollzeitstelle wird ein Riegel vor-



*Nur die FDP stellte sich quer: Streigespräch in der Zitty mit Sebastian Czaja, MdA (FDP).**

geschoben, da das Ausführen von dauerhaften Arbeitsaufgaben als

nicht zulässig angesehen wird. Zudem sollen Praktika klar dem Zweck der Berufsorientierung und der

praktischen Berufsbildung dienen. Die Dauer von Praktika wird regelmäßig auf 3 Monate begrenzt. Ausnahmen sollen nur im Rahmen von Ausbildungsgängen, in denen längere Praktika vorgeschrieben sind, sowie für Praktika im Rahmen von staatlichen Programmen gelten.

Ich hoffe, dass sich der DGB und weitere Gewerkschaften mit uns nun dafür einsetzen, dass auch mit der Berliner Wirtschaft Leitlinien für den fairen Einsatz von Praktikantinnen und Praktikanten vereinbart werden

*Foto: Britney Anne Majure, Zitty | 1/2010

Kritik an Google Street View

Schon im Juni 2009 stellte ich eine Kleine Anfrage zum Thema Google-Street-View an den Senat. Darin ging es um Planungen seitens der Firma Google, auch Berlin in Google-Street-View einzubinden. Dies hatten verschiedene Presseberichte von Onlinemedien angedeutet.

Google-Street-View ist eine Internetanwendung, die Fotomaterial von ganzen Städten mit Straßen, öffentlichen Plätzen und Fassaden anzeigt. In den USA wurde damals eine kritische Diskussion darüber geführt.

Dann wurde im Dezember 2009 klar, dass auch der Berliner Datenschutzbeauftragte Dr. Dix viele mei-

ner Bedenken teilte. So war damals offen, ob die Rohdaten - die in den USA abgespeichert werden - auch

„Wir müssen die Grenzen der Datensammlung durch private Unternehmen klären. Denn auf die gläserne Stadt könnte der gläserne Bürger folgen.“

bei Widersprüchen gelöscht werden. Sollte es hier Verstöße geben, kündigte Dr. Dix Sanktionen an. Berlins oberster Datenschützer stimmte mir zu, dass auch das Bundesdatenschutzgesetz an die neuen technischen Möglichkeiten angepasst werden muss. Meine Ziele waren, den Schutz personenbezogener Daten

wie Autoschilder, eigene Personenansichten oder Hausansichten klarzustellen.

Auf Anfrage an Eckart Körting erklärte dieser im Parlament, dass er die Widerspruchsregelungen für nicht ausreichend hielt. Es müsse eine gesetzliche Regelung geben, die die Interessen des Einzelnen berücksichtigt. Die Gesetzesintention einer Bundesratsinitiative aus Hamburg wurden deshalb vom Berliner Senat geteilt. Körting kritisierte in diesem Zusammenhang auch die Bundesregierung, die zu wenig für den Schutz der personenbezogenen Daten tut.

==>

In meinem Wahlkreis startete ich eine kleine Postkartenaktion. Mit meiner Postkarte und einer Briefmarke konnten Kaulsdorferinnen und Kaulsdorfer Widerspruch gegen Google-Street-View einlegen.

Auf der Wegstrecke wurden viele Punkte an verbessert, aber nach dem Start von Google Street View im November 2010 verfolge ich die Debatte weiter. Trotz eines komplizierten Verfahrens zur Unkenntlichmachung von Straßenansichten sollen

selbst nach eigenen Angaben von Google deutschlandweit 250.000 Einsprüche gegen Google-Street-View eingereicht worden sein. In fast jeder Straße ist ein Haus verpixelt. Mit dem Start

des Dienstes ist auch die Frist zum Einspruch gegen die Veröffentlichung eines Hauses abgelaufen und die



Rohdaten werden nun nicht mehr gelöscht.

Wie sich nun zeigt, war die Kritik nicht unberechtigt. Der Dienst zeichnet sich durch eine hohe Detailgenauigkeit und Zoom-Möglichkeit aus. Auch scheint die automatische Verpixelung von Menschen nicht genau zu funktionieren. So ist beispielsweise vor dem Abgeordnetenhaus von Berlin ein Mann deutlich zu erkennen, verpixelt wurde die Tasche des Mannes.

Schulreform beschlossen

2010 begann politisch mit einer wichtigen bildungspolitischen Weichenstellung: Die Schulreform wurde beschlossen. Damit werden längeres Gemeinsames Lernen, mehr Chancen auf gute Bildung und bessere individuelle Förderung in Berlin geschaffen.

Einer der Hauptgründe für die Schulreform ist die mangelnde Akzeptanz der Hauptschule bei Eltern, Gesellschaft und vor allem in der Wirtschaft. Handeln muss Berlin auch, weil internationale Studien gezeigt haben, dass der Bildungserfolg in Deutschland viel zu stark von der sozialen Herkunft abhängt. Noch heute gilt viel zu oft: Wer arm ist, bleibt dumm – oder jedenfalls weniger gebildet. Seit Jahren sagen deshalb alle Politiker, dass gute Schulen und bestmögliche Abschlüsse der Schlüsselfaktor für den Erfolg Berlins und seiner Schülerinnen und Schüler sind. Nun war es Zeit, zu handeln

und alte Zöpfe abzuschneiden:

— Kernpunkt der Schulreform ist die Zusammenfassung von Haupt-, Real- und Gesamtschulen in einer Integrierten Sekundarschule. Der Druck, schon nach der 6. Klasse über den Lebensweg eines Kindes zu



Zusammen mit Schulsenator Jürgen Zöllner bei der Caspar-David-Friedrich-Oberschule

entscheiden, fällt weg. Die Gymnasien bleiben erhalten. Damit wird längeres gemeinsames Lernen Wirklichkeit, wie es zum Beispiel die PISA-Spitzenreiter Finnland und Ka-

nada vormachen. Die Bildungsforschung hat ergeben, dass vom gemeinsamen Lernen sowohl stärkere als auch schwächere Schüler profitieren.

— Die Chancen auf den bestmöglichen Abschluss steigen, denn an allen Sekundarschulen können die Schüler – abhängig von Leistung und Begabung – das Abitur erlangen.

— Die individuelle Förderung wird verbessert. Dazu tragen die niedrigen Klassengrößen der Integrierten Sekundarschulen von nur 25 Schülern bei – das ist besser als die bisherige Zumessung bei Real- und Gesamtschulen von 29 Schülern.

Alle Sekundarschulen werden Ganztagschulen. Die Betreuung

===>

wird bis 16 Uhr sichergestellt, über die vielfältigen Angebote am Nachmittag – von Hausaufgabenhilfe über Sport bis hin zu Musik – entscheiden die Schulen selbst. Ganztagsbetreuung verbessert Bildungschancen.

— An der Sekundarschule können je nach Leistungsstärke vier Abschlüsse erreicht werden. Nach dem 10. Schuljahr absolvieren alle Berliner Schüler Prüfungen und erhalten einen Berufsbildenden Abschluss

(BB), den erweiterten Berufsbildenden Abschluss (eBB) oder den Mittleren Schulabschluss (MSA). Nach Klasse 10 kann – wenn die Noten stimmen – der Übergang in die Abiturphase kommen. Die Prüfungsaufgaben- und Standards sind an Sekundarschulen und an Gymnasien genau gleich. Am Gymnasium wird das Abitur nach 12 Jahren, an Sekundarschulen in der Regel nach 13 Jahren abgelegt.

Insgesamt wird die Schulreform mehr Chancen auf gute Bildung schaffen und das „Aussortieren“ im dreigliedrigen Schulsystem beenden. Damit stellt Berlin die Weichen für eine zukunftsfähige und kluge Metropole.

Inklusion von Sonderschulen auf dem Weg

Um die Inklusion von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in die Regelschulen zu verbessern, habe ich zusammen mit Stefan Komoß und anderen Bildungspolitikern einen Weg vorgeschlagen. Mein entsprechender Antrag wurde mittlerweile von den SPD-Fachpolitikern beschlossen. Kernpunkt ist die Forderung nach einem Senatskonzept zur Inklusion.

Inklusion erfordert das Anerkennen von Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit und soll das Aufteilen in Gruppen unterbinden. Zugleich wollen wir die Inklusion mit dem schulpolitischen Grundsatz des Wunsch- und Wahlrechts der Eltern verbinden. Denn unser Ziel ist nicht weniger als ein leistungsfähiges Schulwe-

sen, in dem alle Schülerinnen und Schüler entsprechend ihres Fleißes, ihrer Begabung und ihrer Leistungsfähigkeit den bestmöglichen Schulabschluss erzielen. Denn Schulabgänger



innen und Schulabgänger sollten nach vergleichbaren Abschlüssen und Noten, beurteilt werden, und nicht danach, welche Schulen sie besucht haben.

Bei der Inklusion sollen Eltern, Lehr-

kräfte, Schülerinnen und Schüler sowie Menschen mit Behinderungen beteiligt werden. Der Schwerpunkt soll auf die Förderbedarfe Lernen, Emotionale und soziale Entwicklung sowie Sprache gelegt werden. Um spätere sonderpädagogische Förderbedarfe zu reduzieren und den weiteren Bildungsverlauf positiv zu gestalten, soll die Förderung im Bereich „Sprache“ auf die Grundschulen konzentriert werden. Bei der Umsetzung soll das durch die Auflösung vieler Sonderschulen frei werdende sonderpädagogische Lehrpersonal ohne Abschlag an die Regelschulen gehen. So schaffen wir nach der Schulreform einen weiteren Schritt in Richtung Chancengleichheit.

Unsoziales Klimaschutzgesetz verhindert

Wie auch die Abgeordneten aus der Presse erfahren konnten, plante die Umweltsenatorin Katrin Lompscher (Linkspartei) ein Klimaschutzgesetz. Mit dem Gesetz sollten Hauseigentümer zum Einsatz von besserer Wärmedämmung, modernen Heizungen und Solaranlagen verpflichtet werden. Nachtspeicheröfen sollten durch moderne Heizungen ersetzt werden, Klimaanlage sollten nicht mehr zulässig sein, eine 20 Jahre alte Heizung sollte zwingend durch eine klimafreundliche ersetzt werden. Bei Nichteinhaltung der Vorschriften war ein Bußgeld bis zu 50.000 € vorgesehen.

Es ist richtig, in die energetische Sanierung von Gebäuden zu investieren. Klimaschutzziele lassen sich jedoch nicht mit Verboten und Bußgeldern durchsetzen. Ein Landes-Klimaschutz-Programm könnte meines Erachtens unbillige Härten für Eigentümer vermeiden. Als Marzahn-Hellersdorfer Abgeordnete machten wir frühzeitig auf die Belastungen des Gesetzentwurfs aufmerksam und erklärten, keinem unsozialen Klimaschutzgesetz zuzustimmen. Am Ende

landeten auch weitere Gesetzentwürfe Lompschers im Papierkorb – denn die SPD ist für Klimaschutz, aber sozial und fair.

„Lompschers Klimaschutzgesetz ist eine klimapolitische Geisterfahrt.“

Im Oktober 2009 folgte der Landesparteitag der Berliner SPD unseren Vorstellungen und beschloss einen Antrag, der das Klimaschutzgesetz in der damaligen Form ablehnte. Der Landesparteitag stellte klar, dass wir Klimaschutz nicht über Mieterschutz stellen. Sämtliche Klimaschutzmaßnahmen müssen sozial verträglich sein. Damit sind klare Vorgaben für einen Gesetzesentwurf gemacht, in dem der Schutz der Eigentümer und Mieter sichergestellt wird.

Klimaschutzgesetz: Die Wahrheit

Die CDU-Abgeordneten Czaja und Wilke behaupten, die SPD plane ein Klimaschutzgesetz mit Belastungen für Mieter und Eigenheimbesitzer. **Das ist falsch!**

► Fakt ist: Die Umweltsenatorin Lompscher (LINKE) hat bisher einen Entwurf für ein Klimaschutzgesetz vorgelegt. Die Marzahn-Hellersdorfer SPD-Abgeordneten haben diesen Entwurf abgelehnt.

► Fakt ist: Auf Antrag der SPD Marzahn-Hellersdorf hat der SPD-Parteitag den Entwurf in der derzeitigen Form abgelehnt. Klimaschutz ist richtig, muss aber sozial verträglich sein. Statt Zwang schlagen wir zum Beispiel eine Abwrackprämie für alte Heizkessel vor.

► Fakt ist: Weder Herr Czaja noch Herr Wilke haben im Abgeordnetenhaus einen Antrag zum Klimaschutzgesetz eingebracht! Stattdessen setzt die CDU auf Populismus.

► Fakt ist: Die neue schwarz-gelbe Regierung will die Mehrwertsteuer für kommunale Unternehmen erhöhen. Das wird die Kosten für die Müllabfuhr erheblich erhöhen. Da bleibt das CDU-Herz für Mieter und Eigenheimbesitzer ganz kalt.

Sicher ist: Wir setzen uns für die Interessen von Mietern und Eigenheimbesitzern ein!

SPD Marzahn-Hellersdorf,
Blumberger Damm 158, 12681 Berlin
Tel.: 030 99 40 10 15 / Fax: - 16



Sven Kohlmeier (SPD)
Abgeordneter

Tel.: 030/2325-2292
post@sven-kohlmeier.de
www.klimaschutz.sven-kohlmeier.de



Liane Ollech (SPD)
Abgeordnete

Tel.: 030/2325-2286
liane.ollech
@spd.parlament-berlin.de



Günther Krug (SPD)
Abgeordneter

Telefon: 030 / 2325-2286
guenther.krug
@spd.parlament-berlin.de

Jugendstrafvollzugsgesetz – Gegen Jugendkriminalität, für Resozialisierung

Mit dem Jugendstrafvollzugsgesetz haben wir die Grundlage dafür geschaffen, wie die Jugendgefängnisse seit 2008 ausgestaltet sind. Das war keine Idee Berlins, sondern das Bundesverfassungsgericht hatte sämtliche Bundesländer dazu aufgefordert, zum 1. Januar 2008 ein solches Gesetz zu schaffen. Wir haben die Forderung erfüllt – und wir haben dabei die Möglichkeiten zur politischen Gestaltung genutzt.

Als SPD-Rechtspolitiker habe ich im Gesetzgebungsverfahren Schwerpunkte gesetzt. So haben wir beispielsweise aus den schlimmen Erfahrungen in Siegburg gelernt und die Einzelunterbringung zum Regelfall gemacht. Mindestbedingung ist, dass nicht mehr als zwei Gefangene in einer Zelle untergebracht werden dürfen.

Ebenfalls wichtig war mir, dass die Jugendlichen ein Angebot an Ausbil-

dung und Bildung erhalten, dass sie einen Schulabschluss machen oder beenden können. Denn Bildung ist - das gilt insbesondere für straffällige Jugendliche - der Schlüssel für ein straffreies Leben.

„In Berlin gehen wir mit Härte gegen Gewalt und Rechtsbruch vor, aber wir wollen auch ermöglichen, dass jugendliche Straftäter ein straffreies Leben führen können. Beides ist richtig für unsere Stadt.“

Wir haben in das Gesetz einen neuen Punkt zur sozialen Integration aufgenommen. Jugendliche Strafgefangene, die sich eine Tätowierung entfernen lassen, müssen hierfür keine Kosten tragen. Das mag im ersten Moment etwas unwirklich klingen, aber, um ein Beispiel zu nennen: Wenn ein Neonazi sich sein Hakenkreuz von der Brust entfernen lässt,

ist das zu unterstützen, weil er sich damit auch von einer Szene lossagt.

Wir haben in das Gesetz aufgenommen, dass Handyblocker im Jugendstrafvollzug eingesetzt werden können. Damit werden Handyüberwürfe künftig keinen Sinn mehr machen.

Bei alledem haben wir eines nicht gemacht: Wir haben uns nicht von tagespolitischen Stimmungen leiten lassen. Es geht bei der Ausgestaltung des Vollzugs in allererster Linie darum, ein Gesetz zu schaffen, das einige Jahre Bestand hat. Kurzfristige konservative Vollzugsansätze oder auch Wegsperrern ohne Gnade haben bei uns keinen Anklang gefunden.

Gesetz gegen Mobilfunk im Justizvollzug

Kurz vor der Sommerpause 2009 beschloss das Abgeordnetenhaus das Mobilfunkverhinderungsgesetz. Damit wurde die rechtliche Grundlage geschaffen, um im geschlossenen Vollzug zukünftig die unbefugte Benutzung von Handys durch elektronische Maßnahmen zu verhindern. Ich begründete für die SPD-Fraktion die Notwendigkeit des Gesetzesentwur-

fes der Justizverwaltung.

Nicht erst seit den Handywürfen in der Jugendstrafanstalt wurde das Problem von Handys im Vollzug öffentlich diskutiert. Durch das im Dezember 2007 verabschiedete Jugendstrafvollzugsgesetz wurde die rechtliche Grundlage geschaffen, um im Jugendgefängnis die unbefugte Benutzung zu verhindern. Durch das Mo-

bilfunkverhinderungsgesetz wurde dann die gesetzliche Grundlage für den Erwachsenenvollzug geschaffen. Durch Handy-Finder und Handy-Jammer sollen unbefugt benutzte Handys aufgespürt werden und das telefonieren verhindert werden.

Handys im Gefängnis sind ein Prob-

===>

lem für die Sicherheit und Ordnung in der Anstalt. Nicht nur die Organisation von Fluchthelfern, die Beeinflussung von Zeugen oder die Beschaffung von z.B. Betäubungsmitteln könnten aus der Anstalt heraus organisiert werden. Durch die moderne Technik mit MMS und Internet sind vielfältige Kommunikationsarten möglich, die wir verhindern wollen.

„Damit werden Handyüberwürfe künftig keinen Sinn mehr machen. Das ist richtig, selbst wenn die Grünen immer noch glauben, dass Handys und Muttianrufen im Gefängnis alles gar nicht so schlimm sei.“

Fairer Nichtrauchererschutz gesichert

Im Jahr 2008 griff das Streitthema Rauchverbote in ganz Deutschland um sich. Die zuständige Senatorin für Berlin, Karin Lompscher (Linkspartei), wollte ein starres Gesetz schaffen, das insbesondere der Gastronomie zum Teil erheblich geschadet hätte. Denn kleine Berliner „Eckkneipen“ haben nicht die Möglichkeit, Raucherräume einzurichten und wären durch Lompscher gegenüber größeren Gaststätten enorm benachteiligt worden.

Am 19. Mai lud ich zusammen mit dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA) Gastwirte aus unserem Bezirk ein, um über die Umsetzung des Nichtraucherchutzgesetzes (NRSKG) zu informieren. Herr Wagner von der DEHOGA referierte zu den Regelungen, ersten Erfahrungen mit Kontrollen und den ab 01. Juli geltenden Bußgeldern. Manche Detailfragen wurden geklärt, den Wirten konnten wir Ratschläge zum Umgang mit den Behörden ge-

ben.

Als dann das Bundesverfassungsgericht in einem Grundsatzurteil meine Auffassung bestätigte, stimmte die große Mehrheit der SPD-Fraktion (30 zu 13) dem Vorschlag zu, künftig Ausnahmegenehmigungen für kleine „Eckkneipen“ zuzulassen – wenn sie ab 18 sind und keine warmen Speisen anbieten. Die Rauchverbote in der Speisegastronomie (mit der Möglichkeit eines Raucherraumes) wurden beibehalten.

Untersuchungshaftvollzugsgesetz

Das Abgeordnetenhaus hat Ende 2009 das Berliner Untersuchungshaftvollzugsgesetz mit Stimmen der Rot-Rot Koalition und der CDU verabschiedet. Mit dem Gesetz wird die Untersuchungshaft in Berlin geregelt. Durch die föderale Kompetenzverteilung ist das Land Berlin für das „Wie“ der Ausgestaltung der Untersuchungshaft (Hafträume, Arbeitsgelegenheiten, Besuche), der Bund für das „Ob“ der Untersuchungshaft (Haftgründe) zuständig. Ich war an der Erarbeitung des Gesetzes beteiligt.

„Die Grünen machen Politik nach dem Pippi Langstrumpf Prinzip: Ich mache mir die Welt, wie sie mir gefällt. Das kann man auf grünen Versammlungen machen, aber so kann Berlin nicht regiert werden. Wir übernehmen Gesamtverantwortung und verabschieden heute ein Gesetz, welches die guten Standards in Berlin sicherstellt und ein realistisches Verständnis von Justizpolitik zeigt. Berlin kann auf dieses Gesetz stolz sein.“

Dabei haben wir Möglichkeiten genutzt - auch in Zeiten angespannter Haushaltslage - substantielle Verbesserungen für die Belange des Vollzugs gesetzlich festzuschreiben. Beispielsweise wurden die Verteidigerrechte gestärkt. Dies war insbesondere eine Forderung der Anwaltschaft, die wir umgesetzt haben. Sicherungsmaßnahmen und Disziplinarmaßnahmen werden nicht nur dem Gericht und der Staatsanwaltschaft, sondern auch der Verteidigung unverzüglich mitgeteilt. Wir stellen Rechtsanwälte, Notare und

Verteidiger gleich – auch dies ist eine Forderung der Anwaltschaft. Angesichts der Unschuldsvermutung schien es uns nicht weiter haltbar, die Kontakte der Untersuchungsgefangenen zu ihren Rechtsanwälten und Notaren wie bisher zu beschränken. Auch verdoppelten die Besuchszeiten für die Untersuchungshaft. Familiäre und soziale Kontakte können so deutlich besser aufrechterhalten werden.

Für junge Untersuchungsgefangene setzten wir unsere Maßstäbe aus dem Jugendstrafvollzugsgesetz konsequent fort. Die Besuchszeit wurde

ebenfalls erhöht und ihnen werden die Teilnahme an schulischen und beruflichen Maßnahmen ermöglicht.



Zudem wurde die Arbeitsentlohnung von Untersuchungsgefangenen denen der Strafgefangenen angepasst, d.h fast verdoppelt. Dies ist meiner Meinung nach unverzichtbar, um die bisherige Schlechterstellung der Unter-

suchungsgefangenen zu beseitigen, denn Untersuchungshäftlinge sind nicht Gefangene zweiter Klasse.

Trotzdem wollten die Grünen im Parlament noch mehr und forderten letztlich einen Kuschelstrafvollzug. Ich finde, dass die Unschuldsvermutung bei Untersuchungsgefangenen zwar klargestellt sein muss – aber ein zu lockerer Vollzug würde die Strafverfolgung beeinträchtigen. Das geht nicht.

Informationsfreiheitsgesetz: Berlin setzt Maßstäbe bei Offenlegung von Verträgen

Rot-Rot hat neue Maßstäbe bei der Offenlegung von Privatisierungsverträgen gesetzt. Dazu wurde das Informationsfreiheitsgesetz überarbeitet. Damit werden nicht nur künftige Verträge der Daseinsvorsorge offengelegt, sondern durch eine rückwirkende Regelung sollen auch bereits abgeschlossene Verträge der Offenlegung unterliegen. Durch eine neu aufgenommene Regelung stellen wir ausdrücklich klar, dass das IFG bei künftigen Vertragsschlüssen nicht ausgeschlossen werden kann.

Künftig sollen die Übertragungen von Beteiligungen in den Bereichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung, öffentlicher Nahverkehr, Energieversorgung,

Krankenhauswesen oder der hoheitlichen Verarbeitung von Daten grundsätzlich dem Informationsrecht unterliegen. Jeder Bürger kann zu-

„Die Bürgerinnen und Bürger erhalten einen gesetzlich geregelten Informationsanspruch in den Bereichen der Daseinsvorsorge.“

künftig Akteneinsicht oder Aktenauskunft beantragen, soweit nicht das schutzwürdige Geheimhaltungsinteresse überwiegt. Dies ist von dem privaten Vertragspartner darzulegen. Die Regelung gilt auch für bereits abgeschlossene (Alt-)Verträge, bei denen Vertragsbestimmungen der Offenlegung entgegenstehen. Überdies sind Verträge in den genannten Bereichen bei Vorliegen eines öffent-

lichen Informationsinteresses zu veröffentlichen.

Durch diese Regelung und die vollständige Neubekanntmachung räumen wir dem IFG einen neuen Stellenwert ein. Es handelt sich um eine rechtssichere und für den Bürger nachvollziehbare Regelung. Dass die Privatisierungsverträge zu Wasser nun auch offiziell freigegeben wurden, zeigt, dass der politische Druck des Parlaments gewirkt hat. Zuvor hatte eine Initiative zur Offenlegung der Wasserverträge die zweite Stufe eines Volksbegehrens erreicht.

Parlamentsarchiv

Anträge, Initiativen und Reden von Sven Kohlmeier in der Parlamentsdatenbank.

- 31.03.2011 Rede zum CDU-Gesetzentwurf zur Änderung des Berliner Datenschutzgesetzes Speicherung von Videoaufnahmen auf 48 Stunden verlängern! Plenarprotokoll 16/80
- 17.03.2011 Mündliche Anfrage (spontan) zum Thema Müllschluckeranlagen Plenarprotokoll 16/79
- 17.02.2011 Mündliche Anfrage (spontan) Bayerische Lehrer nach Berlin Plenarprotokoll 16/77
- 17.02.2011 Rede zum CDU-Antrag Kein Umzug der jugendlichen Drogenstraftäter nach Lichtenrade - Kosten in Millionenhöhe sparen und Anwohnerinnen und Anwohner schützen! Plenarprotokoll 16/77
- 13.01.2011 Mündliche Anfrage Konzept für die Organisation der Justizvollzugsanstalten Berlins nach der Inbetriebnahme der JVA Heidering Plenarprotokoll 16/75
- 13.01.2011 Rede zum Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten im Justizvollzug und bei den Sozialen Diensten der Justiz des Landes Berlin (Justizvollzugsdatenschutzgesetz Berlin - JVollzDSG Bln) Plenarprotokoll 16/75
- 16.11.2010 Kleine Anfrage Wird die GEZ das neue Staats-Google? - Die GEZ als größter Datensammler von Privathaushalten und Unternehmen Drucksache 16/14921
- 09.09.2010 Mündliche Anfrage Folgen des Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zur nachträglichen Sicherungsverwahrung Plenarprotokoll 16/69
- 01.07.2010 Mündliche Anfrage Datenschutz auch für Arbeitssuchende Plenarprotokoll 16/68
- 06.05.2010 Mündliche Anfrage Big Google Brother is watching Berlin? Plenarprotokoll 16/64
- 06.05.2010 Kleine Anfrage Wie weiter mit der Hellersdorfer Promenade? Drucksache 16/14388
- 25.02.2010 Kleine Anfrage Zur personellen Ausstattung der Jugendhilfeplanung in den Bezirken Drucksache 16/14175
- 25.02.2010 Kleine Anfrage Zur Veräußerung von KITAS für 1 Euro an Dritte Drucksache 16/14174
- 25.02.2010 Rede zum Grünen-Antrag Nutzungsmöglichkeiten von Brandenburger Gefängnissen ernsthaft prüfen Plenarprotokoll 16/59
- 29.01.2010 Kleine Anfrage Berliner Gefangene in Brandenburger Gefängnissen - Problemlösung oder Schnapsidee? Drucksache 16/14077
- 01.07.2010 Rede zum Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der Informationsfreiheit im Land Berlin (Berliner Informationsfreiheitsgesetz – IFG) <Zweites Gesetz zur Änderung des Berliner Informationsfreiheitsgesetzes> Plenarprotokoll 16/68
- 14.01.2010 Mündliche Anfrage Einführung der elektronischen Aktenführung bei der Staatsanwaltschaft Plenarprotokoll 16/57
- 10.12.2009 Erklärungen der Abgeordneten Sven Kohlmeier SPD und Stefan Ziller Grüne zum Thema Diätenerhöhung Plenarprotokoll 16/56
- 12.11.2009 Mündliche Anfrage Menschenwürdige Unterbringung von Strafgefangenen Plenarprotokoll 16/54
- 12.11.2009 Mündliche Anfrage (spontan) „Schließung der Karstadtfiliale in Biesdorf“ Plenarprotokoll 16/54
- 15.10.2009 Mündliche Anfrage (spontan) Tod einer drogenabhängigen Strafgefangenen in der JVA für Frauen Plenarprotokoll 16/53
- Kleine Anfrage Google Street View - Big Brother über Berlin? Drucksache 16/13643
- 16.07.2009 Kleine Anfrage Ergebnisse des Handy-Parkens in Berlin: Erfolgreiches Projekt oder gescheitertes Projekt durch Handy-Park-Muffel? Drucksache 16/13630
- 26.11.2009 Rede zum „Gesetz über den Vollzug der Untersuchungshaft in Berlin (Berliner Untersuchungshaftvollzugsgesetz - UVollzG Bln)“ Plenarprotokoll 16/55
- 25.06.2009 Rede zum Grünen-Antrag „Justizvollzugsanstalt Heidering/Großbeeren jetzt stoppen!“ Plenarprotokoll 16/50

- 15.06.2009 Kleine Anfrage Kita-Plätze mit außergewöhnlichen Betreuungszeiten Drucksache 16/13466
- 31.03.2009 Kleine Anfrage Internet-Telefonate - Strafverfolger hören mit? Drucksache 16/13271
- 25.06.2009 Rede zum „Gesetz zur Verhinderung des Mobilfunkverkehrs in Justizvollzugsanstalten (Mobilfunkverhinderungsgesetz – MFunkVG)“ Plenarprotokoll 16/50
- 02.04.2009 Rede zum FDP-Antrag „Drogenspürhunde im Strafvollzug stärker einsetzen!“ Plenarprotokoll 16/45
- 05.03.2009 Mündliche Anfrage Altersgerechte Unterbringung älterer Strafgefangener Plenarprotokoll 16/43
- 30.01.2009 Kleine Anfrage Jugendgerichtliche Verfahren seit 2003 - Zahlen und Fakten vs. Mutmaßungen! Drucksache 16/13009
- 29.01.2009 Mündliche Anfrage Zusätzliche Lehrerstellen für Mitte? Plenarprotokoll 16/41
- 11.06.2009 Rede zum Grünen-Antrag „Dem Alkoholmissbrauch von Kindern und Jugendlichen mit umfassenden Präventionskonzepten begegnen!“ Plenarprotokoll 16/49
- 03.12.2008 Kleine Anfrage Eingliederung statt Ausgrenzung: "Sonderschüler" in Regelschulen fördern! Drucksache 16/12835
- 27.11.2008 Mündliche Anfrage NPD-Demonstration am 6. Dezember 2008 in Lichtenberg Plenarprotokoll 16/38
- 14.11.2008 Kleine Anfrage Gründungscoaching - von Pontius zu Pilatus? Drucksache 16/12765
- 16.10.2008 Mündliche Anfrage (spontan) Information der Bürger im Umfeld von Justizvollzugseinrichtungen Plenarprotokoll 16/36
- 25.06.2009 Rede zum Gesetz zur Verhinderung von Mobilfunkverkehr auf dem Gelände der Berliner Justizvollzugsanstalten (Justizvollzugsmobilfunkverhinderungsgesetz – JVollzMVG) Plenarprotokoll 16/50
- 05.09.2008 Kleine Anfrage Das Aus für "multikulti" - (K)Einsparung? Drucksache 16/12519
- 11.06.2009 Rede zum CDU-Antrag Erlass einer Verordnung zur Bekämpfung alkoholbedingter Störungen der öffentlichen Ordnung (AlkoholVO) Plenarprotokoll 16/49
- 11.12.2008 Rede zum CDU/Grüne/FDP-Antrag Vollzugsbeauftragten für den Strafvollzug einsetzen! Plenarprotokoll 16/39
- 02.06.2008 Kleine Anfrage Urheberrecht - sind Kopien aus Schulbüchern für den Schulgebrauch untersagt? Drucksache 16/12201
- 02.06.2008 Kleine Anfrage Medikamentenversorgung im Berliner Strafvollzug - Neuordnung und Konsequenzen Drucksache 16/12202
- 02.06.2008 Kleine Anfrage Kreisverkehr an der Kaulsdorfer Brücke - Geldverschwendung oder Schildbürgerstreich? Drucksache 16/12203
- 29.05.2008 Mündliche Anfrage (spontan) Baumaßnahmen in der Jugendstrafanstalt Plenarprotokoll 16/30
- 06.05.2008 Kleine Anfrage Erfahrungen des Landes Berlin mit dem Gewaltschutzgesetz (GewSchG) Drucksache 16/12132
- 11.06.2009 Rede zum CDU-Antrag Exzessiver Alkoholkonsum und Ankündigungspolitik des Senates Plenarprotokoll 16/49
- 27.03.2008 Kleine Anfrage Praktikanten in der Berliner Verwaltung Drucksache 16/11934
- 28.02.2008 Mündliche Anfrage Belegungssituation im Berliner Jugendstrafvollzug Plenarprotokoll 16/25
- 15.01.2009 Rede zum CDU-Antrag Justizvollzugsanstalt jetzt professionell planen! Plenarprotokoll 16/40
- 14.02.2008 Mündliche Anfrage Rheinland-Pfalz-Urteil zum Nichtraucherschutz - Konsequenzen für Berlin Plenarprotokoll 16/24
- 12.02.2008 Kleine Anfrage Entwicklung des Alkoholmissbrauchs bei Kindern und Jugendlichen Drucksache 16/11758
- 24.01.2008 Mündliche Anfrage (spontan) Versetzung von Staatsanwälten in der Abteilung 47 Plenarprotokoll 16/23
- 23.01.2008 Kleine Anfrage Mietspiegel 2007 und Kosten der Unterkunft Drucksache 16/11696

- 08.05.2008 Rede zum Grünen-Antrag „Mindestgröße für Hafträume wieder festschreiben“ Plenarprotokoll 16/29
- 22.11.2007 Mündliche Anfrage „Kinderarmut und Arche-Kürzung“ Plenarprotokoll 16/21
- 13.11.2007 Kleine Anfrage Wildschwein und Fuchs im Wohngebiet - niedlich oder gefährlich? Drucksache 16/11487
- 19.03.2009 Rede zum CDU-Antrag „Positive Vorbilder in die Schulen“ Plenarprotokoll 16/44
- 08.11.2007 Mündliche Anfrage Prüfung mit der Maus - Führerschein-Theorienprüfung papierlos Plenarprotokoll 16/20
- 29.10.2007 Kleine Anfrage Kino "Sojus" in Marzahn - Kulturelle Vielfalt statt Discounter-Eintönigkeit Drucksache 16/11350
- 29.10.2007 Kleine Anfrage „Kompetenzen nutzen Anerkennung von nicht-deutschen Berufs- und Universitätskliniken“ Drucksache 16/11349
- 15.10.2007 Kleine Anfrage Der Traum vom Haus - Baukosten in Berlin Drucksache 16/11333
- 15.10.2007 Kleine Anfrage „Wird das Europaviertel in Marzahn-Hellersdorf ein unvollendetes Kunstwerk oder ein vollendetes Wohnviertel?“ Drucksache 16/11334
- 08.05.2008 Rede zum FDP-Antrag „Abbau der Überbelegung im Berliner Strafvollzug (II): Strafverbüßung im Heimatland konsequent durchsetzen!“ Plenarprotokoll 16/29
- 27.09.2007 Rede zum CDU-Antrag „Kinderschutz konkret“ Plenarprotokoll 16/18
- 27.06.2007 Kleine Anfrage Straßenzustand in der Hellen Mitte in Hellersdorf Drucksache 16/10968
- 06.12.2007 Rede zum Gesetz über den Vollzug der Jugendstrafe in Berlin - Berliner Jugendstrafvollzugsgesetz (JStVollzG Bln) Plenarprotokoll 16/22
- 22.06.2007 Kleine Anfrage „Linux und Open Source Software in Tempelhof-Schöneberg und den Senatsverwaltungen“ Drucksache 16/10924
- 21.06.2007 Kurzintervention zur Aktuellen Stunde „Die Linke will Systemwechsel für Deutschland! - Verteidigt der rote Senat noch die freiheitlich-demokratische Grundordnung?“ Plenarprotokoll 16/14
- 19.06.2007 Kleine Anfrage Jugendgerichtshilfe - nur nicht in Tempelhof-Schöneberg? Drucksache 16/10919
- 08.05.2008 Rede zum FDP-Antrag Abbau der Überbelegung im Berliner Strafvollzugs (I): Strafverbüßung in anderen Bundesländern ermöglichen! Plenarprotokoll 16/29
- 05.06.2007 Kleine Anfrage Zweifelhafte Vereinswerbung des ISOR an Berliner Schulen Drucksache 16/10879
- 29.05.2007 Kleine Anfrage Wie viele Wohnungen gibt es in Berlin, die für ALG II-Bezieher angemessen sind? Drucksache 16/10840
- 10.05.2007 Kleine Anfrage Hubschrauberlandeplatz in Biesdorf? Drucksache 16/10767
- 10.05.2007 Rede zum CDU-Antrag „Sofortprogramm für die Berliner Justiz (I) - Strafvollzug“ Plenarprotokoll 16/11
- 26.04.2007 Mündliche Anfrage „Beteiligung des Landes Berlin am EU-einheitlichen Fremdspachentest“ Plenarprotokoll 16/10
- 19.03.2009 Rede zum CDU-Antrag „Jungen und junge Männer stark machen gegen Gewalt“ Plenarprotokoll 16/44
- 06.12.2007 Rede zum Gesetzentwurf der Grünen „zur Normierung des Jugendstrafvollzugs“ Plenarprotokoll 16/22
- 10.04.2007 „Diskriminierung und Verstoß gegen Berufspflicht der Steuerberater durch Business Immigration Service (IHK)?“ Drucksache 16/10641
- 22.03.2007 „Abrechnung und Abrechnungsverfahren der Kita-Gebühren“ Drucksache 16/10554
- 19.02.2007 Kleine Anfrage Teenager-Schwangerschaften Drucksache 16/10406
- 01.02.2007 Mündliche Anfrage „Maßnahmen der Justizsenatorin zur Verhinderung von Unregelmäßigkeiten bei der Medikamentenausgabe an der JVA Moabit“ Plenarprotokoll 16/6
- 01.02.2007: Rede zum CDU-Antrag Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung der Jugendkriminalität Plenarprotokoll 16/6
- 24.01.2007 Kleine Anfrage „Wie bürgerfreundlich ist die Berliner Verwaltung?“ Drucksache 16/10268

- 01.02.2007 Rede zum CDU-Antrag Sofortprogramm "Gewaltprävention" zur Stärkung des Erziehungsauftrages und der Erziehungskompetenz an den Berliner Schulen Plenarprotokoll 16/6
- 18.01.2007: Mündliche Anfrage zum „Berliner Jugendstrafvollzugsgesetz“ Plenarprotokoll 16/5
- Kleine Anfrage „Bürgerbegehren - ein Erfolg politischer Mitbestimmung?“ Drucksache 16/10229
- 29.01.2009 Rede zum Antrag der Grünen „Gewalt an Schulen unterbinden - Schulen als Orte der Begegnung und Kommunikation gestalten“ Plenarprotokoll 16/41
- 11.06.2009 Wahl in den Richterwahlausschuss Plenarprotokoll 16/49
- 02.01.2007 Kleine Anfrage Pilotprojekt "Knöllchen mit Zahlschein" Drucksache 16/10179
- 02.01.2007 Kleine Anfrage Freizeitforum Marzahn Drucksache 16/10180
- 08.03.2007: Wahl in den Landesjugendhilfeausschuss Drucksache 16/0144 Behandlung im Plenum vom Plenarprotokoll 16/8
- 14.12.2006: Persönliche Bemerkung der Abgeordneten Dr. Klaus Lederer Die Linke, Mario Czaja CDU und Sven Kohlmeier SPD Persönliche Bemerkungen § 65 GO vom Plenarprotokoll 16/4

Pressemitteilungen

Meine Pressemitteilungen in chronologischer Reihenfolge.

- 11.05.2011 Kieferngrund: Vorwürfe der CDU haltlos
- 10.05.2011 SPD-Fraktion für Klarheit im Baurecht zu Müllschluckern
- 06.05.2011 SPD-Fraktion für Evaluierung der Volkszählung
- 01.03.2011 Grünes Wahlkampfgeplänkel zur Hellersdorfer Promenade
- 01.03.2011 Opposition muss eigenen Untersuchungsauftrag streichen
- 12.02.2011 Bundesregierung kürzt Arbeitsmarktmaßnahmen für den Bezirk
- 25.01.2011 Keine Bedenken gegen Videoüberwachung an Schulen
- 17.01.2011 Bezirks-Postämter schließen – SPD-Abgeordnete protestieren
- 10.01.2011 1.728 Marzahn-Hellersdorfer Kinder profitieren von Kita-Beitragsfreiheit
- 07.01.2011 Streichung von Haftplätzen – CDU wohl noch in Winterpause
- 07.12.2010 Verbesserung beim Datenschutz
- 18.11.2010 Start von Street-View: Einsprüche weiter möglich
- 08.10.2010 Kohlmeier unterstützt Verkehrsberuhigung im Dorf Kaulsdorf
- 30.09.2010 Schicksale ehemaliger Heimkinder sollen aufgeklärt werden
- 20.08.2010 Wohnungsgesellschaft legt Komplett-Widerspruch ein
- 17.08.2010 Street-View: Gesetzliche Regelung erforderlich
- 13.08.2010 Kohlmeier empfiehlt Widerspruch gegen Google-Street-View
- 19.07.2010 Wohnungsbestand Hellersdorfer Promenade rekommunalisieren
- 18.07.2010 SPD für Datenschutz bei Geodatendiensten
- 14.07.2010 Kohlmeier begrüßt Urteil zur Akteneinsicht
- 12.07.2010 Werden Sie gerne überwacht ?
- 29.06.2010 Berlin setzt Maßstäbe bei Offenlegung von Verträgen
- 15.06.2010 Neue Ära der Informationsfreiheit
- 03.06.2010 SPD-Fraktion gratuliert Dr. Dix zur Wahl
- 26.05.2010 Urteil EGMR - Sicherungsverwahrte auf Entlassung vorbereiten
- 04.05.2010 Thierses Blockade rechtlich nicht zu beanstanden
- 06.04.2010 Berliner Senat unterstützt Tourismus in Marzahn-Hellersdorf

- 02.03.2010 Urteil zur Vorratsdatenspeicherung begrüßt
- 26.02.2010 Schluss mit Praktikantenausbeute - Faire Bedingungen beschlossen
- 17.02.2010 Abrafaxe im Abgeordnetenhaus
- 09.02.2010 Google Street View: Sonntagsreden von Aigner müssen Taten folgen
- 28.01.2010 Kohlmeier ruft zur Teilnahme am GirlsDay auf
- 24.01.2010 Trittin vergreift sich in Interview im Ton
- 21.01.2010 Brandenburger Haftplätze für Berliner Gefangene?
- 14.01.2010 Wegweisend: Abgeordnetenhaus beschließt Schulreform
- 04.12.2009 Kritik an Einstellung der Sendung "Filmvorführer"
- 24.11.2009 Jugendforum denk!mal '10: Kohlmeier ruft zur Teilnahme auf
- 12.11.2009 Einsprüche gegen Google-Street-View
- 11.11.2009 Zur Schließung von Karstadt in Biesdorf
- 27.10.2009 Kohlmeier bleibt bei Kritik an Diätenerhöhung
- 31.08.2009 Abgeordnete gegen Lompscher's Klimaschutzgesetz
- 28.08.2009 Verwaltungsgericht: Bezirk muss Klasse in Dahlmann-Schule einrichten
- 09.07.2009 Baubeginn für JVA Heidering
- 23.04.2009 Konjunkturprogramm - Zusätzliche Millionen kommen an
- 06.04.2009 ORWOhaus - Kohlmeier wünscht erfolgreichen Start nach Bauabnahme
- 17.03.2009 Sonderschulen: Marzahn-Hellersdorf hat die meisten Sonderschüler
- 17.03.2009 SPD Marzahn-Hellersdorf lehnt Schuldenbremse ab
- 13.03.2009 Sven Kohlmeier gibt Kreisvorsitz aus privaten Gründen ab
- 06.12.2008 Nazi-Demo in Lichtenberg: Zivilgesellschaft wehrt sich / Kritik an Polizeitaktik
- 03.12.2008 Sonderschulen: Integration statt Ausgrenzung
- 17.10.2008 Postfiliale Mahlsdorf: Kohlmeier für Briefkasten und Parkplätze
- 30.09.2008 Hollerbusch-Grundschule bleibt gebundene Ganztagschule
- 09.09.2008 Mitmachen beim Geschichtswettbewerb "Helden gesucht"
- 01.09.2008 Gemeinschaftsschule in Marzahn-Hellersdorf gestartet
- 02.08.2008 NPD politikunfähig !
- 30.07.2008 Kohlmeier begrüßt Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Rauchverbot
- 20.07.2008 Diebstähle in JVA Tegel nicht skandalisieren
- 10.07.2008 Kreisverkehr in Kaulsdorf ist rund
- 05.07.2008 Kopien aus Schulbüchern verstoßen nicht gegen Urheberrecht
- 03.07.2008 ORWO-Haus kann weiter proben: Alarmanlage in Betrieb
- 18.06.2008 Thilo Sarrazin verärgert Bürger und Partei
- 15.06.2008 Amtsgericht Hohenschönhausen und Lichtenberg werden zusammengelegt
- 27.05.2008 Nichtraucherchutz: Noch viel Unsicherheit bei Gastwirten / SPD bereit zu Sonderregelungen für Ein-Raum-Kneipen
- 23.05.2008 Spritzenautomaten in Marzahn-Hellersdorf geplant
- 16.05.2008 Kohlmeier weist Vorwürfe von Sarrazin zum Bezirkshaushalt zurück
- 06.05.2008 Zum Bürgerbegehren Ringkollonaden: SPD unterstützt Bezirksamt beim Konzept der Solarschule
- 05.05.2008 Keine Filial-Schließung in unserem Bezirk - Post Wodanstraße wird Partner-Filiale
- 26.04.2008 SPD erwartet öffentliche Distanzierung der Stadträtin Framke von der GBM
- 26.03.2008 Alkoholmißbrauch von Kindern und Jugendlichen nimmt dramatisch zu
- 28.02.2008 Kohlmeier beteiligt sich an Girls'Day 2008
- 24.01.2008 2009: Zwanzig Jahre friedliche Revolution - MdA Kohlmeier ruft zu Initiativen auf
- 14.12.2007 Kino "Sojus" - Kohlmeier gegen Discounter-Standort
- 02.12.2007 Sven Kohlmeier: Bürgerfonds für alle Stadtteile von Marzahn-Hellersdorf soll kommen
- 28.11.2007 Entscheidung über „Arche“-Zuwendung am Donnerstag – Abgeordneter Kohlmeier hofft auf Zustimmung der LINKEN

- 14.11.2007 Projekt "Arche" werden Mittel durch "Koalition der sozialen Kälte" gestrichen
- 12.08.2007 Probleme in der Hellen Mitte / Fertigstellung der Verkehrswege kostet 4,2 Mio Euro
- 26.07.2007 Kohlmeier unterstützt Initiative zur Hellen Mitte
- 18.06.2007 Kleine Anfrage zu Hubschrauberlandeplatz Biesdorf
- 10.05.2007 Schwimmhalle Helene-Weigel-Platz wird saniert
- 03.05.2007 Teenie-Schwangerschaften: Kohlmeier fordert Projekt in Marzahn-Hellersdorf
- 18.04.2007 Keine Kürzung bei elternunabhängigem BaföG
- 17.04.2007 Koalition: Keine Kürzung bei elternunabhängigem BaföG
- 01.02.2007 Freizeitforum Marzahn: Baubeginn erst 2008
- 11.01.2007 „Kreativ für Toleranz“ - Sven Kohlmeier bittet Schulen aus Marzahn-Hellersdorf um Teilnahme am Victor-Klemperer-Jugendwettbewerb 2007

Full-Time-Job im Teilzeitparlament: Der Terminplan

Prall gefüllt ist der Terminkalender eines Abgeordneten ...

... vor allem in den Sitzungswochen – Fraktionssitzung, Arbeitskreis, Ausschuss, Plenum usw. Mindestens genauso wichtig sind aber auch die Treffen mit Verbänden oder Vereinen, die Bürgersprechstunde und die Parteterminale. Denn schließlich heißt es: Kontakt halten. Apropos Kontakt halten. Das Abgeordnetenhaus ist ein Teilzeitparlament. Die meisten SPD-Abgeordneten gehen neben ihrer parlamentarischen noch einer beruflichen Tätigkeit nach. Sie sind unter anderem Handwerker, Unternehmer, Angestellte, Studenten oder Rechtsanwälte. Damit ist der Kontakt zum »normalen« Leben sichergestellt.



Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag
9.00 Uhr Gespräch mit Schulleiter über die Schulstrukturreform	8.30 Uhr Arbeit im Büro	10.00 Uhr Interview mit Stadtmagazin	8.00 Uhr Geschäftsführender Kreisvorstand der SPD Marzahn-Hellersdorf	9.00 Uhr Arbeit im Büro	10.00 Uhr Eröffnungsveranstaltung Bezirksfest
11.00 Uhr Arbeit im Büro	11.00 Uhr Sitzung des Unterausschusses für Datenschutz und Informationsfreiheit	13.00 Uhr Gespräch mit der Justizsenatorin zum Thema Strafvollzug	10.00 Uhr Arbeitskreis „Inneres, Recht, Verfassungsschutz, Verwaltungsreform und Sport“	13.00 Uhr Bürgersgespräch	12.00 Uhr SPD-Infostand
19.00 Uhr Teilnahme an der Sitzung der SPD-Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf	13.00 Uhr Gespräch im Abgeordnetenbüro	15.00 Uhr Richterwahlausschuss	12.00 Uhr Sitzung der SPD-Fraktion	15.00 Uhr Arbeit im Büro	
	14.00 Uhr Vorbereitung auf die Sitzung der SPD-Fraktion	18.30 Uhr AG Netzpolitik der SPD	13.00 bis ca. 21.00 Uhr Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses, am Rande des Plenums Gespräch mit dem Marzahn-Hellersdorfer Wirtschaftskreis	18.00 Uhr Öffentliche Diskussionsveranstaltung zum Thema Datenschutz	
	15.00 Uhr Sitzung der SPD-Fraktion				
	19.00 Uhr Gespräch im Orwo-Haus mit jungen Musikern				
					Sonntag
					15.00 Uhr Fest Kleingartenanlage

Ein Beispiel: Terminkalender von Sven Kohlmeier, Abgeordneter aus Marzahn-Hellersdorf, Sprecher für Datenschutz und Ansprechpartner der SPD-Fraktion für das Thema Strafvollzug, ausgeübter Beruf: Rechtsanwalt

Presseschau

Eine Auswahl von Presseartikeln von Themen, mit denen ich mich befasst habe.

Berliner Zeitung, 15.07.2010

Parlamentarier dürfen in alle Ordnungen gucken

Berliner Verfassungsrichter: Senat muss Akten über Verkauf der Wasserbetriebe öffnen

VON SABINE DECKWERTE

Der Berliner Verfassungsgerichtshof hat gestern das Recht von Abgeordneten auf Akteneinsicht gestärkt. Die Grünen-Abgeordnete Heidi Kosche war mit ihrer Klage auf Einsicht in die Verträge zur Privatisierung der Berliner Wasserbetriebe erfolgreich. Die Weigerung des Senats, ihr umfassende Akteneinsicht zu gewähren, sei unzulässig gewesen, urteilten die obersten Berliner Richter (Az.: VerfGH 57/08).

Im Jahr 1999 wurden 49,9 Prozent der Geschäftsanteile an den Wasserbetrieben vom damaligen CDU/SPD-Senat an den deutschen RWE-Konzern und den französischen Wasserversorger Veolia verkauft. Im Juni 2007 hatte Kosche als Mitglied des Abgeordnetenhauses Einsicht in sämtliche Akten der Senatsverwaltungen zur Veräußerung der Wasserbetriebe verlangt. Sie vermutet, dass in den zugesicherten Gewinngarantien an RWE und Veolia Ursachen für die hohen Wasserpreise in Berlin liegen könnten. Die Preise in Berlin sind um etwa 30 Prozent höher als im Bundesgebiet.

Den Kaufvertrag durfte Kosche zwar einsehen, andere Akten aber nicht. Die Unterlagen umfassen 180 Aktenordner mit etwa 90 000 Blatt Papier. Die Finanzverwaltung begründete ihre Entscheidung mit Hinweis auf schutzwürdige Geheimhaltungsinteressen der privaten Anteilseigner und des

Landes. Die Verhandlungsposition des Senats in Privatisierungsverfahren würde geschwächt, wenn Einzelheiten über Zugeständnisse an die Vertragspartner bekannt würden, hieß es. Kosche zog vor das Berliner Verfassungsgericht.

„Ich bin hoch zufrieden“, sagte sie nach dem gestrigen Urteil. „Weil dem Senat so eine schlampige Arbeit attestiert wurde.“ Das haben die Verfassungsrichter in der Tat, wenngleich sie es juristisch eleganter formulierten. Die Ablehnung der Akteneinsicht sei „weder plausibel noch konkret“ erklärt, die Begründung „greift zu kurz“ und sei „zu allgemein“ gefasst, heißt es in ihrem Urteil. Das Gesetz verlange, dass alle für und gegen die Gewährung von Akteneinsicht sprechenden Belange „vollständig und zutreffend zu ermitteln, zu gewichten und gegeneinander abzuwägen“ seien, erklärte das Gericht.

Eine Einsichtnahme dürfe nur dann abgelehnt werden, wenn „überwiegende“ öffentliche oder private Interessen eine Geheimhaltung zwingend erfordern, hieß es weiter. Aber solche Geheimhaltungsinteressen hätten die Richter nicht erkennen können.

Kosches Anwalt Matthias Zieger sagte, der Senat müsse nun „die Akten entweder vollständig herausgeben oder für jedes Schriftstück eine nachvollziehbare Begründung geben, warum es nicht einsehbar sein soll“. Finanz-

senator Ulrich Nußbaum wird die Akten wohl eher herausgeben. Er nannte das Urteil eine „rechtliche Klarstellung zur Akteneinsicht von



betriebe sowie RWE und Veolia abgegeben. Das Ganze sei Angelegenheit des Landes Berlin, hieß es übereinstimmend.

SPD schlägt Verstaatlichung vor

Hellersdorfer Promenade: Stadt und Land soll privatisierte Wohnungen zurückkaufen

HELLERSDORF. Der SPD-Abgeordnete Sven Kohlmeier schlägt vor, dass eine städtische Wohnungsgesellschaft die Wohnblöcke der in Insolvenz gegangenen Level One Holding in der Hellersdorfer Promenade für das Land zurückkaufen soll.

Kohlmeier denkt dabei besonders an die Stadt und Land Wohnbauten-Gesellschaft. Das Unternehmen wirkt allerdings im Gegenzug sofort energisch ab. „Wir tun viel für den Standort, aber wir können uns nicht noch zusätzliche Lasten aufbür-

den, die wirtschaftlich nicht zu schultern sind“, macht Pressesprecherin Dagmar Neidigk deutlich.

Dennoch ist die Diskussion über eine Verstaatlichung entbrannt. Denn auch die CDU kann dem Vorschlag einiges abgewinnen. „Es ist denkbar, dass die Hellersdorfer Promenade nur auf einem solchen Weg zu retten ist“, sagt der CDU-Abgeordnete und Kreisvorsitzende Mario Czaja.

Er verweist aber darauf, dass es sich hier um einen „speziellen Fall“ handle. Andere Privatisierungen im Bezirk seien



Die Häuser der Level One in der Hellersdorfer Promenade stehen zum Verkauf. Der Investor meldete 2009 Insolvenz an. Foto: huf

durchaus erfolgreich verlaufen. Im vergangenen Jahr ging der Eigentümer der Wohnungen, die Level One Holding, in Insolvenz. Der Insolvenzverwalter setzte eine neue Hausverwaltung ein. Diese managt die Probleme, hat aber weder einen Plan noch Geld für notwendige Sanierungen in die Hand bekommen. Auch beim Insolvenzverwalter stehen alle Signale auf Rot.

„Das Problem Hellersdorfer Promenade liegt im Moment bei den Gläubigerbanken“, teilt ein Vertreter des Insolvenzverwalters mit. huf

Presseschau

2. OKTOBER 2010



Sven Kohlmeier hatte am 20. September zu einem Stadtteilstag in seinem Wahlkreis: Kaulsdorf und Kaulsdorf Nord eingeladen. Höhepunkt und Abschluß Tages war die öffentliche Veranstaltung in der Gaststätte „Zur S-Bahn“ am Bahnhof Kaulsdorf mit dem Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses und ehem. Regierenden Bürgermeister, Walter Momper. Vor etwa 60 Besuchern berichtete Momper von den historischen Momenten 1989 und 1990. Foto: Duclos

Werden Sie gerne überwacht ? Aktion für Widersprüche gegen Google-Street-View

Unabhängig von Datenschutzpannen ergeben sich durch Geodatendienste wie „Google-Street-View“ neue und weitreichende Möglichkeiten der Ausspähung zu unterschiedlichsten gewerblichen, privaten und kriminellen Zwecken. Die Eingabe einer Adresse und Hausnummer wird zukünftig ausreichen, um im Internet zu sehen, wie und in welchem Haus jemand wohnt. Ich lehne Dienste, die die Privatsphäre von Bürgern im Netz veröffentlichen, ab. Bei „Google-Street-View“ können Hauseigentümer und Mieter mit einem Widerspruch sicherstellen, dass ihr Haus nicht im Internet veröffentlicht wird. Ich habe nichts dagegen, dass Berlins Schens-

würdigkeiten im Internet zu sehen sind. Die Ansicht von privaten Wohnstraßen im Netz ist dagegen nicht nur unnötig, sie stellt auch eine neue Qualität der Ausspähung durch Private dar. Perspektivisch öffnet sich damit ein Einfallstor für die Vollüberwachung des öffentlichen Raumes. Deshalb empfehle ich jedem Bürger, Widerspruch einzulegen.

*Sven Kohlmeier, MdB
datenschutzpolitischer
Sprecher der SPD-Fraktion*

Anm.: Für Abonnenten, die jöt w.d. per Post erhalten, liegt dieser Ausgabe ein Widerspruchsvordruck Kohlmeiers, der an Google geschickt werden kann, bei.



im ZDF-Interview anlässlich der Nominierung von Renate Künast als grüne Spitzenkandidatin

BERLINER STIMME - SEITE 3

Sven Kohlmeier:

„Wohnungen zurückkaufen“

Der Hellersdorfer SPD-Abgeordnete Sven Kohlmeier schlägt eine Rekommunalisierung des Wohnungsbestandes der Hellersdorfer Promenade vor. Damit reagierte Kohlmeier auf die Insolvenz des jetzigen Eigentümers „L. O. Holding“ und die seit Jahren fehlende Investition in den Wohnungsbestand in der Nähe der Hellen Mitte.

Nach der Veräußerung des Wohnungsbestandes in den 90er Jahren an einen privaten Investor hat immer wieder der Eigentümer gewechselt. Der jetzige Eigentümer „L. O. Holding“ hat Insolvenz angemeldet.



Sven Kohlmeier ist Abgeordneter in Marzahn-Hellersdorf.

Eine parlamentarische Anfrage (16/4388) von Sven Kohlmeier bestätigt nun seinen bisherigen Eindruck. „Die fehlenden Investitionen können negative Auswirkungen auf die Entwicklung der Sozialstruktur haben. Die Hellersdorfer Promenade ist ein Wohnungsstandort, an dem ich mir eine Rekommunalisierung von Wohnungen gut vorstellen kann. In Zusammenarbeit mit dem Bezirk, Wohnungsunternehmen und dem Land Berlin halte ich eine Rekommunalisierung oder Überführung in eine städtische Wohnungsgesellschaft für den besten Weg, um endlich eine Qualitätssteigerung des Wohnungsbestandes und Quartiers zu erreichen. Erfolgreiche Sanierungen haben Marzahn-Hellersdorfer Wohnungsunternehmen bereits mehrfach unter Beweis gestellt, warum nicht auch an der Hellersdorfer Promenade“, wirbt der Abgeordnete für seinen Vorschlag.

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung schließt eine Rekommunalisierung nicht aus. Jedoch bestehen wohl derzeit auch keine Ankaufsüberlegungen von Wohnungsunternehmen, so der SPD-Abgeordnete.

Der SPD-Kreisvorsitzende von Marzahn-Hellersdorf und stellvertretende Bürgermeister Stefan Komofß begrüßte den Vorschlag seines Parteikollegen. „Ich finde die Idee gut. Eine Rekommunalisierung würde den Mietern Sicherheit geben und dringend notwendige Investitionen ermöglichen. Auch der Bezirk würde seinen Anteil zum Erhalt der Sozialstruktur leisten müssen.“

PM □

Presseschau

Berliner Morgenpost, 19.07.2010

Rot-Rot im Häuserkampf mit Google

SPD und Linke wollen Privatsphäre der Bürger schützen und Geodaten-Dienst Street View stärker gesetzlich reglementieren

VON CHRISTINA BRUNING

Die Fraktionen von SPD und Linke möchten den Datenschutz in Deutschland weiter verschärfen. In einem bereits von der SPD beschlossenen Antrag fordern die Fraktionen darum den Senat auf, die Bundesratsinitiative Hamburgs zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes zu unterstützen. Ziel des Gesetzesantrags ist es, die Rechtslücke zu schließen, die durch sogenannte Geodaten-Dienste wie Google Street View gesetzlich verankert werden, dass im Internet veröffentlichte Bilder von privaten Hausfassaden, Hausnummern und Straßenszenarien etwa mit abgebildeten Passanten personenbezogene – und damit schützenswerte – Daten im Sinne des Bundesdatenschutzgesetzes sind.

„Es gibt bisher keine spezielle gesetzliche Grundlage für den Datenschutz bei Geodaten-Diensten wie Google Street View“, sagt der Sprecher für Datenschutz in der SPD-Fraktion, Sven Kohlmeier. „Es ist höchste Zeit, das zu ändern.“ Die Menge der im Internet verfügbaren Geodaten steige rasant an. Da sei es unverantwortlich, den Datenschutz nicht dahin gehend zu konkretisieren. „Angebote wie Google Street View stellen eine neue Qualität der im Netz veröffentlichten Daten dar“, heißt es im SPD-Antrag. Dadurch werde die Möglichkeit der „Ausspähung zu unterschiedlichsten gewerblichen, privaten und

kriminellen Zwecken“ geschaffen. Privathäuser sollen geschützt werden

„Es geht uns nicht darum, den Dienst komplett zu verhindern – an manchen Stellen ist der für Berlin ja toll, zum Beispiel, weil man von überall auf der Welt sich unsere Sehenswürdigkeiten anschauen kann“, sagt Kohlmeier. „Aber bei Privathäusern sollte die Neugier aufhören.“

Geodaten-Dienste wie Google Street View als ihr bekanntester und erfolgreichster Vertreter ermöglichen es, virtuell durch eine Stadt zu laufen und sich in einer Straße umzusehen. Google fotografiert dafür in Deutschland Straße nach Straße ab. Die unauffälligen schwarzen Kleinwagen mit dem auffälligen Kameraaufbau auf dem Dach, mit dem man rundherum Bilder schießen kann, fahren seit 2008 auch durch Berlin – und seit sie das tun, warnen Datenschützer vor den Gefahren für die Privatsphäre. Denn auch Passanten werden fotografiert, ebenso hauptsächlich auf einer von Google angebotenen Webzoo.

„Bei der bisher getroffenen Überprüfung, dass er betroffen ist“, sagt Kohlmeier, „sage ich nicht, dass ich weiß, aber meine Meinung ist, dass es so ist.“

Laut dem SPD-Antrag soll das nun in zwei Schritten geschehen. Zunächst sollen Geodaten-Dienste verpflichtet werden, die Personen, die auf den Bildern zu sehen sind, zu identifizieren und sie zu kontaktieren. Der SPD-Antrag sieht vor, dass die Betreiber von Geodaten-Diensten verpflichtet werden, die Personen, die auf den Bildern zu sehen sind, zu identifizieren und sie zu kontaktieren. Der SPD-Antrag sieht vor, dass die Betreiber von Geodaten-Diensten verpflichtet werden, die Personen, die auf den Bildern zu sehen sind, zu identifizieren und sie zu kontaktieren.

Zusagen von

- **Vereinbarung** für Google zum Datenschutz bei Street View in Hamburg haben die Abgeordneten im März 2009 erlassen. In dem Beschluss ist geregelt, dass die Betreiber von Geodaten-Diensten verpflichtet werden, die Personen, die auf den Bildern zu sehen sind, zu identifizieren und sie zu kontaktieren.

- **Verschleierung** Unter anderem hat Google

derspruchsrecht „durch Anzeige in örtlichen Tageszeitungen sowie das Internet“ informiert werden. Außerdem soll die Pflicht zur Anonymisierung von Gesichtern und Autokennzeichen bestehen. Auch Hauseigentümer oder Mieter sollen das Recht bekommen, der Abbildung ihres Gebäudes zu widersprechen.

Der Antrag der Berliner SPD geht noch einen Schritt weiter. „Wir wollen die rechtliche Klarstellung, dass Hausnummern und Hausansichten ebenfalls personenbezogene Daten sind – so wie Gesicht

ter und Kennzeichen“, sagt Kohlmeier. Sie sollen ebenfalls unkenntlich gemacht werden – es sei denn, der Hauseigentümer willigt in die Veröffentlichung ein.

Außerdem wollen die Sozialdemokraten verhindern, dass es bald Live-Aufnahmen bei Google Street View gibt. „Unsere Horrorvision sind Taxis mit Kameras auf dem Dach, die den ganzen Tag durch die Stadt fahren, und die Bilder sind dann live geordnet“, heißt es im Antrag.

Dann könnten die Taxis die Straßenszenarien in Echtzeit übertragen und sie in den Internetbrowsern der Nutzer anzeigen. „Wir müssen verhindern, dass es zu einer neuen Qualität der im Netz veröffentlichten Daten kommt“, heißt es im Antrag. „Wir müssen verhindern, dass es zu einer neuen Qualität der im Netz veröffentlichten Daten kommt.“



Verkleidung der Hubschrauber, Verschleierung von Gebäuden oder Personen bei Street View auch private WLAN-Netze gescannt. cbr

Presseschau

Ein Dorf will seine Ruhe

Kaulsdorfer wollen den Durchgangsverkehr zur B1/B5 loswerden

KAULSDORF. Das Bezirksamt will bis Ende des Jahres Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung im Dorf Kaulsdorf beschließen. In Vorbereitung dazu findet derzeit eine Verkehrszählung statt.

Die Anwohner beklagen, viele Autofahrer nutzen den Schleichweg über die Brodauer, um von Hellersdorf zur B1/B5 zu kommen und umgekehrt. Die Fahreräusche auf dem Kopfsteinpflaster verursachen enormen Lärm und Schäden an Häusern. Das Bezirksamt lehnt eine sofortige Verkehrsberuhigung ab. Den Durchgangsverkehr generell aus der Dorfstraße herauszuhalten, hält Verkehrsstadtrat Christian Gräff (CDU) nicht für möglich.

Die Brodauer Straße und die Dorfstraße seien eine von drei Verbindungen, über die der Verkehr zwischen Hellersdorf und der B1/B5 fließt. Eine radi-

kale Entlastung der Dorfstraße würde zu mehr Verkehr auf den Mädewalder Weg, der Plintzstraße und der Mysłowitz führen. Bisherige Vorschläge von Anwohnern, wie die Einführung einer Einbahnstraßenregelung, stoß bei den Anliegern auf ein geteiltes Echo. Der Durchgangsverkehr werde so nur auf beide Teile der Dorfstraße verteilt, hieß es.

Einen Kompromissvorschlag machte jüngst der SPD-Abgeordnete Sven Kohlmeier. Er schlug vor, an den Abfahrten vom sogenannten Galgen und von der B1/B5 Schilder aufzustellen, die die Autofahrer bitten, das historische Angerdorf vor dem Verkehr zu schützen. „Das Schild ist bereits in Arbeit“, erklärt Andreas Fischer von der Bürgerinitiative, die ei-

ne Verkehrsberuhigung im alten Dorf Kaulsdorf verlangt.

Fischer hat mehr Entwürfe für das Schild gemacht. Diese werden in der Bürgerinitiative beantragt und in den Bürgerhaushalt für den Ortsteil Kaulsdorf eingebracht. „Es ist ein Anfang ist“, erklärt Fischer. Dass das Schild schon die Lösung ist, daran glaubt er nicht. Aus seiner Sicht wäre eine Verkehrsberuhigte Zone mit Tempo 10 um die Kirche die Lösung.

Der Verkehrsstadtrat hält die Idee allerdings für unrealistisch. In der Dorfstraße gebe bereits Tempo 30. Er sieht keine Chance, diese Geschwindigkeitsbegrenzung noch weiter heruntersetzen. „Selbst wenn wir das niemals bei der Berliner Verkehrslenkung durch“, sagt er. Vorstellen kann er sich aber eine Einengung der Straße, um den Lkw-Verkehr zu verhindern.



Die Dorfstraße in Kaulsdorf wird von Autofahrern gerne als Schleichweg zwischen Hellersdorf und der B1/B5 genutzt. Foto: kari

Verkehrslösung gesucht

Keine Schleichwege mehr durch Kaulsdorfer Dorfkern?

In vielen Angerdörfern wird der Verkehr in einer Fahrtrichtung um die Kirche herumgeführt, nicht so in Kaulsdorf. Dort laufen die Verkehrsströme in beiden Fahrtrichtungen östlich und westlich um das Monument herum.

„Das Dorf ist in seinem Kern so erhalten geblieben, weil die großen Verkehrsströme südlich der Dorfäuge auf der B 1/5 vorbeiführen.“ Das muss auch so bleiben, fordern die beiden Ortschronisten Karin und Gerhard Satke. Sie wollen den Dorfkern „unattraktiv für die Nutzer von Schleichwegen“ machen. „Die Anwohner sollen aber nicht behindert werden.“ Daher plädieren die beiden auch nicht für Durchfahrtsverbote, sondern wollen an die Leute appellieren: „Es ist ein altes Angerdorf, das man erhalten kann und muss.“

Die Kaulsdorfer fordern seit vielen Jahren Verkehrslösungen, damit die Schleichwege über die Brodauer Straße und den Galgen nach Hellersdorf unterbunden werden. So nutzen sie immer wieder Einwohnerversammlungen und die Diskussionen zum Bürgerhaushalt, um über neue Verkehrslösungen nachzudenken. Eine Variante wird dabei immer wieder diskutiert: der Richtungs-

verkehr um die Dorfkirche.

Der Kaulsdorfer SPD-Abgeordnete Sven Kohlmeier unterstützt das Bürgeranliegen, eine Verkehrsberuhigung im Dorf Kaulsdorf zu erreichen. Eine vollständige Sperrung des Durchgangsverkehrs lehnt auch er ab und schlägt vor, verkehrsberuhigende Maßnahmen, das Aufstellen von begrüntem Pollern, durchzuführen. Das Bezirksamt hat bereits sogenannte Verkehrsdisplays aufgestellt, will gegen Ende des Jahres das Ergebnis der Verkehrszählung bekannt geben und gegebenenfalls über verkehrsberuhigende Maßnahmen entscheiden.

Kohlmeier schlägt weiter vor, die Autofahrer über Schilder an den Zufahrten zum Dorf vom Kaulsdorfer Galgen und der B1 um freiwillige Umfahrung zu bitten. So könnte ein Schild „Schützt unser Angerdorf“ in manchen Fällen davon abhalten, durch den historischen Ortskern zu fahren. Sven Kohlmeier betonte: „Ich unterstütze das Anliegen, weil es sich bei dem Dorf Kaulsdorf um eines von noch drei verbliebenen Angerdörfern in Berlin handelt. Der historische Ortskern mit der Dorfkirche soll von dem Durchgangsverkehr entlastet werden.“

Klaus Teßmann

Berliner Zeitung, 16.06.2010

Ist beim Berliner Wasser bald alles klar?

Parlament berät Offenlegung der Verträge mit Privaten

VON THOMAS ROGALLA

Die Regierungsfractionen SPD und Linke sowie die oppositionellen Grünen haben den Entwurf des neuen Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) auf den parlamentarischen Weg gebracht. Gestern befasste sich der Datenschutzausschuss des Abgeordnetenhauses mit Änderungen des Gesetzes, das jedem Bürger das Recht auf Akteneinsicht in bisher geheime Verträge zwischen dem Land Berlin und privaten Unternehmen geben soll, die im Bereich der „Daseinsvorsorge“

tätig sind. Dazu gehören etwa Wasser- oder Energieversorgung, öffentlicher Nahverkehr und Krankenhäuser.

Auslöser der Debatte um die Offenlegung solcher Verträge war vor allem die Teilprivatisierung der Wasserbetriebe. Dieser Vertrag ist bis heute geheim. Die Bürgerinitiative „Berliner Wassertisch“ will ab dem 28. Juni Unterschriften für ein Volksbegehren sammeln, um so die Offenlegung zu erreichen. Die SPD, die die Privatisierung mit betrieben hatte, hält dies angesichts des neuen IFG für obsolet.

Die BI und die Grünen halten am Volksbegehren fest, weil das Gesetz Regelungen enthält, die die Akteneinsicht unmöglich machen könnten. So muss das Interesse des Bürgers „das schutzwürdige Geheimhaltungsinteresse“ des beteiligten Unternehmens überwiegen. Die Grünen-Abgeordnete Heidi Kosche

sagte, „so lange die Tresore nicht offen stehen und die Verträge für jedermann zugänglich sind, machen wir weiter“. Der SPD-Abgeordnete Sven Kohlmeier erklärte, die Änderung des IFG biete für den Staat und den Vertragspartner den Vorteil, dass zum Teil „mutwillig falsche Unterstellungen über Vertragsregelungen überprüfbar und die Verträge objektiv nachprüfbar sind“.

Der Sprecher des Berliner Wassertischs, Thomas Rudek, sagte, das neue IFG sei für neue Verträge sinnvoll. Für bestehende wie bei den Wasserbetrieben handele es sich bei dem Gesetz jedoch um ein Ablenkungsmanöver. Die privaten Anteilseigner wie Veolia oder RWE würden jahrelang Prozesse gegen eine Offenlegung führen, „bis die Verträge ausgelaufen sind.“ Deshalb sei ein Volksbegehren weiter sinnvoll.

Presseschau

Geordneter Übergang für Sicherungsverwahrte

Berliner SPD gegen schnelle Entlassung (28. Mai 2010, BZ)

Experten der SPD-Fraktion haben sich gegen die sofortige Freilassung der acht Berliner in Sicherungsverwahrung ausgesprochen.

Sie forderten eine "verantwortungsvolle Entlassungsvorbereitung" zum Schutz der Allgemeinheit. "Die Betroffenen können nicht von heute auf morgen auf die Straße geschickt werden", so der rechtspolitische Sprecher Fritz Felgentreu und sein Kollege Sven Kohlmeier. Vorausgegangen war ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Der hatte entschieden, es verstoße gegen Menschenrechte, Sicherungsverwahrte die mit maximal zehn Jahren Verwahrung rechnen durften, nachträglich wegen der Gesetzesänderung im Jahr 1998 unbefristet in Gewahrsam zu halten. Auch Justizsenatorin Gisela von der Aue ist für einen geordneten Übergang in die Freiheit. Das wäre sonst so, "als ob jemand ohne Fallschirm aus einem Flugzeug springen soll".

Alle auf eine (Berliner Zeitung, 04.07.2009)

Künftig sollen mehr behinderte Kinder die Regelschule besuchen - der Senat arbeitet derzeit an einem Konzept

In der Aufregung um die geplante Schulreform hat ein Aspekt bislang kaum Beachtung gefunden: Künftig sollen deutlich mehr behinderte und verhaltensauffällige Kinder als bisher an den normalen Schulen unterrichtet werden. Bis März 2010 soll die Bildungsverwaltung ein sogenanntes "Gesamtkonzept Inklusive Schule" vorlegen, hat das Abgeordnetenhaus beschlossen. Dabei soll geklärt werden, wie der "Ausbau der gemeinsamen Erziehung" umgesetzt werden kann. Fraglich ist dabei, wie viele Sonderschulen erhalten bleiben. "Die Integration ist unsere nächste große Baustelle", sagt auch Bildungssenator Jürgen Zöllner (SPD).

Derzeit besuchen fast 40 Prozent der behinderten Kinder in Berlin eine normale Schule. Doch noch immer gehen mehr als 12 000 Kinder auf eine der 92 Sonderschulen. Zu viele, sagen Erziehungswissenschaftler, Eltern und Behindertenverbände. Sie fordern mehr Integration. Dies sieht auch die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vor, die Deutschland ratifiziert hat. Vor allem die mehr als 7 000 Sonderschüler, die einen Förderbedarf in den Bereichen Lernen, Verhalten oder Sprache attestiert bekommen haben, sollten in die Regelschulen integriert werden. Das fordert etwa SPD-Bildungspolitikerin Felicitas Tesch. "Eltern sollen aber prinzipiell weiter die Wahl haben." Langfristig soll pro Bezirk mindestens ein Zentrum für die großen Förderschwerpunkte existieren, das auch die Regelschulen berät. Derzeit besuchen in den östlichen Bezirken Schüler viel öfter eine Sonderschule als im Westen. Der SPD-Abgeordnete Sven Kohlmeier fordert deshalb, dass nicht länger die Bezirke, sondern die zentrale Schulverwaltung den Förderbedarf feststellen soll.

Kinder mit schwereren Behinderungen sollten ebenfalls häufiger integriert werden als bisher, hofft Linke-Bildungspolitiker Steffen Zillich. Experten könnten sich hier Schwerpunkt-Schulen vorstellen - also Regelschulen, die gezielt eine Behindertengruppe aufnehmen.

[...]

Der Bildungsforscher Rainer Lehmann von der Humboldt-Universität ist skeptischer: Nicht für alle behinderten Kinder seien Integrationsklassen ideal. Manche brauchten den "Schonraum Sonderschule", um Selbstbewusstsein zu entwickeln. Dass sie dort weniger lernen, sei falsch, so Lehmann. Das hätten seine Studien gezeigt. Sonderschulen hätten auch oft gute Projekte wie Schülerfirmen, sagt er. Diese ließen sich nicht ohne weiteres übertragen. "Es wäre schade, wenn man all das mit einem ideologischen Bügeleisen platt macht."

Presseschau

Nazi-Demo hat ein Nachspiel im Innenausschuss (Tagesspiegel, 08.12.2008)

Der Vorwurf wiegt schwer: Hat die Polizei am Rande der Demo von Rechtsextremisten weggeschaut, als Nazis Straftaten verübten? Dies will zumindest der Grüne Benedikt Lux erfahren haben. Jetzt sind die Vorgänge um die Demo ein Thema für den Innenausschuss des Parlaments.

Mit der Neonazi-Demo am Wochenende in Lichtenberg wird sich am heutigen Montag auch der Innenausschuss des Abgeordnetenhauses beschäftigen – allerdings nicht, wie üblich, gleich als erstes in einer aktuellen Viertelstunde, sondern unter dem vorletzten Tagesordnungspunkt „besondere Vorkommnisse“. Der Grünen-Abgeordnete Benedikt Lux kündigte an, das Thema anzusprechen. „Wir sehen es kritisch, dass Gegendemos nicht zeitgleich in der Nähe erlaubt wurden“, so Lux. Die Frage sei, wie man in Zukunft Gegendemonstrationen geordnet zulassen könne. „Mir haben heute viele gemailt, dass die Polizei bei Straftaten von rechter Seite weggeguckt habe“, so Lux am Sonntag. Das müsse thematisiert werden. Auch bei den Linksmilitanten habe es unschöne Vorfälle gegeben. Laut Polizei wurden 86 Personen festgenommen, wovon 80 zur linken Szene gehörten. Polizeipräsident Dieter Glietsch will im Ausschuss Stellung nehmen; die Polizei erwartete auch, dass Innensenator Ehrhart Körting (SPD) etwas zum Thema sagt.

Lichtenbergs Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich (Linke), die sich als Gegendemonstrantin am Samstag zweimal von Polizisten wegtragen ließ, relativierte am Sonntag ihre Forderung, den Nazis das Demonstrieren speziell im Weitlingkiez zu verbieten. Vor der Demo hatte Emmrich dies gefordert. Im Weitlingkiez hätten die Rechten ein Heimspiel gehabt, denn die Gegend ist als ihre Hochburg berüchtigt. Der Bezirk versucht durch viele Projekte, das zu verändern, und sieht die Erfolge gefährdet, wenn die Nazis hier ungestört demonstrieren können. „Die Neonazis hatten den Marsch ja angemeldet und auch genehmigt bekommen“, sagte Emmrich dem Tagesspiegel. Juristisch sei ein Verbot gar nicht möglich, aber: „Als Bezirkspolitikerin meine ich, ein solcher Marsch muss im Weitlingkiez nicht sein.“ Das Ziel sei dann ja auch erreicht worden. In der Tat hatten Gegendemonstranten es geschafft, den Fortgang der rechten Demo so zu verzögern, dass der Teil durch die Weitlingstraße wegfiel. „Das hat die Zivilgesellschaft geschafft“, freute sich Emmrich. Ebenso wie sie und die Grünen kritisierte auch der SPD-Abgeordnete Sven Kohlmeier: „Wenn man erwartet, dass die Zivilgesellschaft auf die Straße geht, dann müssen auch Gegendemonstrationen in Hör- und Sichtweite zugelassen werden.“ [...]

Diebstahl im Gefängnis Zwei Beamte versetzt (Berliner Zeitung, 18.07.2008)

Die Berliner Staatsanwaltschaft ermittelt gegen zwei Beamte und einen Gefangenen der Justizvollzugsanstalt (JVA) Tegel wegen des Verdachts der Unterschlagung beziehungsweise des Betrugs. Dies bestätigte gestern der Sprecher der Staatsanwaltschaft, Michael Grunwald. Die Betroffenen sollen aus der sogenannten Hauskammer der JVA Utensilien von Gefangenen gestohlen haben.

Die beiden Beamten wurden nach Angaben der Senatsjustizverwaltung inzwischen versetzt. Einer von ihnen hat zugegeben, ein Radio eines Häftlings entwendet zu haben. Insgesamt vermissen Gefangene 17 Gegenstände - darunter mehrere Handys, ein Laptop oder Kleidung. Die Ermittler wollen nun aufklären, ob es sich um einen systematischen Diebstahl handelt hat.

SPD und CDU bedauerten den Vorfall, warnten aber vor einer Skandalisierung. "Das ist ein Einzelfall", sagte der SPD-Abgeordnete Sven Kohlmeier. Es sei bedauerlich, dass der Berliner Strafvollzug, der gut funktioniere, durch "solche Verfehlungen" in Verruf geraten könne. Der CDU-Abgeordnete Sven Rissmann sagte, es dürfe nicht von den kriminellen Machenschaften einzelner Mitarbeiter auf die gesamte Belegschaft geschlossen werden.

Justizsenatorin Gisela von der Aue (SPD) hofft, dass durch die Einführung eines Computersystems mögliche Diebstähle ausgeschlossen werden. Bisher werden die Utensilien noch per Zettel erfasst beziehungsweise die Herausgabe auf Zetteln vermerkt.

Presseschau

Berliner Kurier, 24.11.2010

Wahl mit 16: Keine Mehrheit bei SPD

Berlin - Rückschlag für Pläne, das Wahlalter für das Abgeordnetenhaus auf 16 Jahre zu senken. Ein Antrag des SPD-Abgeordneten Sven Kohlmeier, das für die Wahl 2016 zu tun, fand in der SPD-Fraktion keine Mehrheit, 2011 war nicht durchsetzbar. Ohne die SPD geht aber nichts, weil für den Plan die Verfassung mit Zwei-Drittel-Mehrheit geändert werden muss. Da CDU und FDP auch dagegen sind, klappt das nicht. /

Berlin erlässt neues Gesetz (Berliner Kurier, 05. März 2010)

Das Ende der Generation Praktikum Das gilt leider, leider vorerst aber nur in Firmen mit Landesbeteiligung und nicht in der freien Wirtschaft

Berlin - Ob im öffentlichen Dienst oder in der freien Wirtschaft: Fast überall werden mittlerweile Praktikanten beschäftigt. Doch damit ist bald Schluss.

Das Abgeordnetenhaus hat jetzt auf Initiative der SPD ein neues Gesetz beschlossen, das erste dieser Art in ganz Deutschland. Danach dürfen ab 1. Juli Senats- und Bezirksverwaltungen sowie Unternehmen mit mehrheitlicher Landesbeteiligung wie BSR und BVG Praktika nur noch für einen Zeitraum bis zu drei Monaten anbieten. Mädchen und Jungen, deren Praktika nicht Teil einer Schul-, Fachhochschul- und Hochschulausbildung sind, sollen für ihre Tätigkeit "angemessen vergütet werden", heißt es in den neuen Regeln.

"Allein in den SPD-geführten Senatsverwaltungen sind rund 100 Praktikanten im Einsatz", so der SPD-Abgeordnete Sven Kohlmeier. [...] Und die SPD will der Generation Praktikum auch in der freien Wirtschaft den Garaus machen. Kohlmeier: "Über eine Bundesrats-Initiative könnte verhindert werden, dass immer mehr Vollzeitstellen durch Praktikanten ersetzt werden. Es muss Schluss sein mit der Ausbeutung."

In den Kulissen (Neues Deutschland vom 13.03.2010)

[...] Mancher trifft im Parlament sogar seine Jugendliebe wieder. So geschehen dem SPD-Abgeordneten Sven Kohlmeier, der auf sie sogar in dreifacher Ausführung stieß: Abrax, Brabax und Califax. »Die Abrafaxe im Abgeordnetenhaus« heißt das vom Parlament herausgegebene Comic-Heftchen, dessen drei Helden Schülern die Politik erklären wollen. Kohlmeier war von dieser »verständlichen und neutralen« Politikvermittlung mit den »schon zu meinen Kindzeiten geliebten Abrafaxen« so begeistert, dass er gleich einen Werbebrief an Grundschulen verschickte. [...]

Ich danke

ganz besonders meinem langjährigem Mitarbeiter Felix Frenzel -ohne ihn wäre so manche politische Idee nie geboren, viele Pressemitteilungen nicht geschrieben worden und so mancher freundschaftlicher Rat wäre mir nie erteilt worden. Felix, ohne Dich wäre das alles hier nicht möglich gewesen - DANKE !! Danke an meine zeitweiligen Mitarbeiter Eva Grosser und Ludwig Scheetz für Ihr Engagement, Fleiß und gute Ideen. Ich danke meinen Praktikanten Florian Golbik, Valerie Tischbein und Tom Kalanyos. In der Dankesreihe möchte ich meine Familie, meinen Freunden und meiner Freundin für Ihre Unterstützung und Ihr Verständnis bei freizeidwidrigen und wochenendlichen Arbeitszeiten und für Ablenkung außerhalb der Politik danken. Dank an die Mitglieder der BVV-Fraktion und den SPD-Stadträten für Ihr Teamply; den Abgeordnetenkollegen, ohne die ich manche Dinge nicht hätte durchsetzen können; der SPD Marzahn-Hellersdorf und allen, die mich gedrückt haben, auf Probleme aufmerksam machten, an mich geglaubt und mich unterstützt haben.



Meine Aufgaben im Parlament:

- Mitglied im Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie
- Mitglied im Rechtsausschuss
- Mitglied im Unterausschuss Datenschutz und Informationsfreiheit
- Sprecher der SPD-Fraktion für Datenschutz und Informationsfreiheit
- Mitglied im Richterwahlausschuss



Politik für Kaulsdorf und Berlin ist mir ein Herzensanliegen. Deshalb bitte ich Sie um fünf weitere Jahre im Abgeordnetenhaus von Berlin.

Sven Kohlmeier

Informieren Sie sich immer aktuell im Netz über meine Arbeit:

www.sven-kohlmeier.de

Sven Kohlmeier
Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin
Niederkirchnerstraße 5
10117 Berlin
Tel.: 030 / 2325 - 2292
Fax: 030 / 2325 - 2229
E-Mail: mail@sven-kohlmeier.de

